Die Posse

Der Fall klingt märchenhaft. Er hat alle Züge einer Posse. Man stelle sich vor:

Zwei kleine Städte, die nur drei Kilometer auseinanderliegen:

Max und Moritz.

Die eine hat ein berühmtes Rathaus - die andere ein berühmtes Schloß.

Die beiden vertragen sich schlecht. Sie spielen wie kleine Kinder:

Was der eine haben will, muß der andere noch größer, noch höher, noch teurer haben.

Drei Kilometer liegen zwischen ihnen - aber die Landesregierung schafft es nicht, sie einzugemeinden.

Die eine Stadt, um einige wenige Einwohner größer, sieht, daß sich die andere ein Einkaufszentrum anlegt: sie kriegt die Torschlußpanik.

Das Rathaus gerät in Aufregung. Man muß was unternehmen - der Bürgermeister wird zum Unternehmer.

Neben dem mittelalterlichen Stadtkern, von 3 Minuten Durchmesser, durch den eine einzige Straße ("Städtel") führt und die nicht viel mehr als 2o Häuser hat, steht das mächtige Schloß des Duodezfürsten, fast doppelt so groß wie die mittelalterliche Kleinstadt.

Der Graf verscherbelt nun seinen Garten, den barocken Lustgarten — wie in einem Kitschroman über heruntergekommene Adelsfamilien.

Einzigartig wie die Abfolge der Anlage - Schloß, Markt und Lustgarten - ist auch das Projekt, das die „Zukunft 2000" in den Ort holen soll:

Preisfrage: wo sonst in Europa setzt man ein Kaufhaus in einen Schloßpark?

Warum hat der Graf nicht gleich das Schloß als Kaufhaus angeboten?

Das Kulturdenkmal Lustgarten soll nun regelrecht einbetoniert werden.

Unfaßbar: die Posse ist realistisch. Sie spielt in Erbach im Odenwald - Grotesker City-Ehrgeiz eineinhalb Bahnstunden von Frankfurt entfernt.

Vor dem Schloß ließ sich einer der Duodez-Grafen in Bronze aufstellen: als römischer Kaiser. Großmannsucht und Profilneurose sind offensichtlich historisch.

Zu den Tatsachen

Das Gewerbe-Steueraufkommen stieg von 4oo.ooo DM (196o) auf über 2 Millionen (1971) - kein Wunder, daß einem Bürgermeister dabei der Kamm schwillt.

1972 ging der monströse Bebauungsplan Nr. 7c durch die Instanzen: eine große Koalition von 36 der 37 Stadtverordneten stimmte zu. Bürgerinitiative, und Kreisausschuß als untere Bauaufsichten und untere Naturschutzbehörde sowie die Regionalplanung bemängeln den Bebauungsplan 7 c.

Fehlende Grundlagen

Es fehlte nahezu alles an Untersuchung, was nötig gewesen wäre: Regionalplanung, Einwohnerzuwachs, Kaufkraft, stadtwirtschaftliche Folgekosten, Finanzierung des Projektes, Generalverkehrsplan, Sozialplan, Boden und Klimatologie - Planungsinstrument war wieder einmal der ausgestreckte Daumen.
Peinlich, daß das nun nachgeholt werden mußte. Wie es dann landläufig geht, erhalten die Gutachter Vorgaben, die sie nicht antasten dürfen. Alternativen werden nicht bezahlt und sind auch nicht gewünscht. Und weil es Untersucherfirmen wie Sand am Meer gibt, müssen sie sich nach der Decke strecken. Heraus kommt fast immer die Rechtfertigung von Bürgermeister und Investor. Der alerte Bürgermeister zog in der großen Expertenschlacht vor dem erstaunten Publikum die nachgefertigten Gutachten aus der Tasche, verlas eine Lektion Planungschinesisch, beschimpfte die Kritiker zu seiner Linken, sie seien schlecht informiert (kein Wunder), das Monstrum sei doch längst passé, sie sollten sich gefälligst auf dem neuesten Sachstand halten (wie denn?), und beschwichtigte nach unten das maulende Volk.

Die heile Welt der Kleinstadt

Die Bürgerinitiative brachte die Unterschriften von knapp 50 % der Erbacher Bevölkerung - aber die parlamentarische Demokratie scheint in Erbach so repräsentativ, daß ihr das nichts ausmacht. Der Bürgermeister: "Wir müssen entscheiden, denn wir verantworten es ja auch". Gelächter. Kaum jemand im Publikum nahm ihm den kernigen Spruch ab. Was passiert, wenn die Verantwortlichen ihre Fehlplanung tatsächlich verantworten?

Prof. Thomas Sieverts warnte:
Attraktivität in Ehren - aber sie muß überlegt sein: in der richtigen Größenordnung, verkraftbar für die gewachsene Stadt und an der richtigen Stelle.

Wer plant die Stadt? Das Rathaus oder der Investor?

Weil die Städte arm gehalten werden, können sich die Investoren leicht einkaufen. Und: sie können sie gegeneinander ausspielen. Statt Infrastrukturleistungen loszuwerden, erhalten die Städte zusätzliche aufgebündet - vor allem wenn die zunächst sorgsam tabuisierten Folgen, Verkehr, Ökologie und Umwelt, sich zeigen.
Wird die Stadtplanung im Rathaus gemacht oder beim Investor in Hamburg? fragte ein Experte den Bürgermeister.
Auf des Bürgermeisters Beschwichtigung legte Prof. Thomas Sieverts klar, daß der formale Prozeß natürlich noch im Rathaus abliefe - aber bestimmt würde draußen.
Ein Experte, der sich "im Geschäft auskennt", schildert, wie Bauträger im allgemeinen zu Geld kommen.
Die Bausumme wird sehr hoch angesetzt, die Bank beleiht sie prozentual, dann läßt man das Objekt schrumpfen und braucht praktisch kein Eigenkapital reinzustecken.
Der Investor verkündete in Erbach dem Publikum, eine große Bank habe den Kredit zugesagt.
Dem Investor war wenig wohl zumute, denn er wurde von Experten und Publikum hart ins Kreuzverhör genommen.
Trotz Ermahnungen des Moderators antwortete er auf konkrete Fragen mit allgemeinen Sätzen und sybillinischen Andeutungen.
Der Bürgermeister hatte in vorhergehenden Auseinandersetzungen die Finanzfrage schlicht zum Privatproblem des Investors erklärt. Ist die größte Investition in ein Stadtgefüge tatsächlich noch Privatsache wie der Anbau am Haus der Witwe Bolte?
Der Bauträger aus Hamburg wand sich. Die Zahlen mochte er nicht offenlegen. Das Publikum höhnte. Der Bürgermeister sagte, das sei nicht sein Bier. Das Publikum schimpfte. „Was passiert, wenn das Projekt eine Investitionsruine wird?" fragte Prof. Sieverts.
Der Bauträger: "Das ist eben das unternehmerische Risiko". Das Volk kochte. Der Bauträger: "Sie werden doch einen Spaß verstehen". Da war es aus mit der Beherrschung im Saal. Werden gewachsene Stadtstrukturen so spaßig verwaltet, verändert, zerstört, dem Spaß überlassen?

Prof. Thomas Sieverts warnte:
Attraktivität in Ehren - aber sie muß überlegt sein: in der richtigen Größenordnung, verkraftbar für die gewachsene Stadt und an der richtigen Stelle.

Wer plant die Stadt? Das Rathaus oder der Investor?

Weil die Städte arm gehalten werden, können sich die Investoren leicht einkaufen. Und: sie können sie gegeneinander ausspielen. Statt Infrastrukturleistungen loszuwerden, erhalten die Städte zusätzliche aufgebündet - vor allem wenn die zunächst sorgsam tabuisierten Folgen, Verkehr, Ökologie und Umwelt, sich zeigen.
Wird die Stadtplanung im Rathaus gemacht oder beim Investor in Hamburg? fragte ein Experte den Bürgermeister.
Auf des Bürgermeisters Beschwichtigung legte Prof. Thomas Sieverts klar, daß der formale Prozeß natürlich noch im Rathaus abliefe - aber bestimmt würde draußen.
Ein Experte, der sich "im Geschäft auskennt", schildert, wie Bauträger im allgemeinen zu Geld kommen.
Die Bausumme wird sehr hoch angesetzt, die Bank beleiht sie prozentual, dann läßt man das Objekt schrumpfen und braucht praktisch kein Eigenkapital reinzustecken.
Der Investor verkündete in Erbach dem Publikum, eine große Bank habe den Kredit zugesagt.
Dem Investor war wenig wohl zumute, denn er wurde von Experten und Publikum hart ins Kreuzverhör genommen.
Trotz Ermahnungen des Moderators antwortete er auf konkrete Fragen mit allgemeinen Sätzen und sybillinischen Andeutungen.
Der Bürgermeister hatte in vorhergehenden Auseinandersetzungen die Finanzfrage schlicht zum Privatproblem des Investors erklärt. Ist die größte Investition in ein Stadtgefüge tatsächlich noch Privatsache wie der Anbau am Haus der Witwe Bolte?
Der Bauträger aus Hamburg wand sich. Die Zahlen mochte er nicht offenlegen. Das Publikum höhnte. Der Bürgermeister sagte, das sei nicht sein Bier. Das Publikum schimpfte. „Was passiert, wenn das Projekt eine Investitionsruine wird?“ fragte Prof. Sieverts.
Der Bauträger: "Das ist eben das unternehmerische Risiko". Das Volk kochte. Der Bauträger: "Sie werden doch einen Spaß verstehen". Da war es aus mit der Beherrschung im Saal. Werden gewachsene Stadtstrukturen so spaßig verwaltet, verändert, zerstört, dem Spaß überlassen?

Tabu: Die Folgekosten

Über die Folgekosten für die Stadt wird, wenns geht, vornehm geschwiegen: Straßen und Kanäle im Neubaugebiet und einen Ersatz-Park - wenn dann überhaupt noch Geld da ist.
Der Bürgermeister versprach einen neuen Stadtpark an anderer Stelle. Aber da liegen viele Gärten kleiner Leute und Schrebergärten - nach Aussagen des berühmten amerikanischen Ökonomen Galbraith die rentabelste Glücks-produktion.
Eine Ungerechtigkeit zeugt die andere. Ob die Stadt dafür Geld habe? fragte das Publikum.
Was die Grundstücke kosten?
Der Bürgermeister sagte: "Amtsgeheimnis". Wieherndes Gelächter.

Modifikationen? Alternativen?

Die fast wie an der Börse gehandelte Geschoßflächenzahl ist inzwischen von 6,3 bis 3,5 auf 1,2 gesunken - immer noch hoch genug.
Das Ungeheuer im Schloßpark wurde verkleinert - ungeheuerlich blieb es.
Der Bürgermeister beschwichtigte: es wird doch gar nicht so schlimm. Aber das nun endlich aufgebrachte Volk ließ sich nicht beruhigen. Es forderte die Erhaltung des Lustgartens. Die Experten sprangen ihm bei: wenn Einwohnerzuwachs höchstens mäßig und die Kaufkraft nicht allzugroß seien, könne das Programm auch im zweiten Teil des Geländes, außerhalb des Lustgartens untergebracht werden, sagte Prof. Thomas Sieverts,
~~[illegible]~~
Die Bürgerinitiativen, beraten von Frankfurter Architekten, legte einen Alternativplan vor.
Der Bürgermeister reagierte wie ein trotziges Kind.
"Sie haben sich ja nicht an mich gewandt".
Die Fülle von Expertenstellungnahmen, die nun über ihn hereingebrochen ist, beeindruckt ihn nicht. Zwar fährt er nach Straßburg zum Europarat, aber dort sitzt in seinen Augen nur ein kleiner Referent, der Erbachs Planungen genausowenig kennen kann, wie die vielen anderen (Protest-)Professoren. "Sie haben sich ja nicht an mich gewandt". Eine solche Aussage ist so symptomatisch wie vieles mehr: eine Planung kann man in seinen Augen offensichtlich nicht aus veröffentlichten Plänen und Ortsbegehung kennen lernen, sondern nur vom Bürgermeister persönlich. Er merkt nicht, daß er ein Eigentor schießt: Planungen müssen so dargestellt sein, daß sie aus sich selbst verständlich sind - wie könnte ein Parlament sonst darüber sachgerecht entscheiden oder die Aufsichtsbehörde sie kontrollieren.

Stadterhaltung - Pflege eines alten Hutes?

Prof. Rolf Romero (TH Darmstadt):
"In 5o Jahren zählen die alten Städte und Stadtbilder zu den größten Kostbarkeiten, die wir besitzen".

Es protestierten:
Die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der BRD (26.4.1974).
Pressekommentar: "Pfleger alter Hüte .... zu sehr verfilzt mit mittelalterlichen Vorstellungen. Die Denkmalpfleger glauben, daß unsere Nachkommen uns daran messen, war wir ihnen an vertrauten Kulturgut überliefern. Wahrscheinlicher aber werden sie uns daran messen, was wir ihnen nicht überliefern" (DE 1.5.1974).
Peter Wustlich (Aachen): "Symbolische Ortsbezogenheit .. ist integrierter Bestandteil von Lebensqualität... Die abrupte Aufhebung dieser stabilen Beziehung... hat schwerwiegende Folgen".
Die Reaktionen der Bevölkerung zeigen es.
Der Bürgermeister wird gefragt: „Was würden Sie sagen, wenn der Versailler oder Nymphenburger Schloßpark zu zwei Dritteln einbetoniert würden?"

Der FDP-Landtagsabgeordnete Pulch: „Wenn das Ensembleschutzgesetz früher im Parlament gewesen wäre, wäre uns Erbach erspart geblieben."

Die Helfershelfer

Prof. Rolf Romero (TH Darmstadt): "Eine Schande für die Stadt und eine Barbarei all derer, die zu ihrer Verwirklichung beitragen".
Die Zuträger des Projektes sitzen tatsächlich nicht allein in Erbach, sondern [illegible] in Ämtern von Land und Bund. Sie schütten das Füllhorn an Förderungsmitteln aus - administrativ und unkritisch; Effizienz ist reduziert auf die Bedürfnisse einer kleinen radikalen Minderheit von Stadtzerstörern.

Nachholfach: Demokratie

Wer sich dann noch einen halben Tag lang im Ort herumhörte, viele Leute fragte, erfuhr allenthalben: "Die da oben". "Wir lachen doch darüber". "Hoffentlich geht denen das Geld aus". "Da können wir kleinen Leute nichts machen" - Resignation wie zu Zeiten der absolutistischen Grafen.
Wieviel nachzuholen ist, wurde spätestens klar, als junge Leute in der Expertendiskussion eine Resolution auf Erhaltung des Lustgartens einbrachten und darüber abstimmen lassen wollten. Da hieß es dann sogar vom SPD-Bundestagsabgeordneten, abstimmen dürfte in einer parlamentarischen Demokratie nur das Parlament. Und selbst die Bürgerinitiative befürchtete, daß eine Resolution den Bürgermeister verärgern könnte. Dieser stand in

der Tat auf und ging mit seinen Getreuen - die Versammlung löste sich in Tohuwabohu auf. Das Schlimmste, was diesem Lande drohen könnte, sind offensichtlich mündige Bürger.

Fortschritt heißt nicht Kahlschlag

Die Lehre aus Erbach:
Der Fortschritt heißt nicht Kaufhaus, Konsum und Kapitalverwertung, er fällt nicht wie ein Wunder vom Himmel, er entsteht nicht auf der tabula rasa, der blankgefegten Tischplatte, sondern kriecht in der Tat wie eine Schnecke.
Er besteht nicht aus Spruchblasen, sondern in der Erfüllung konkreter Bedürfnisse.
Die Reformparteien müssen lernen, zum Fortschritt ein differenziertes Verhältnis zu haben.

Planung für eine abstrakte Zukunft

Das Erbacher Expertengespräch ließ durchsichtig werden, daß hier nur für eine abstrakte Bevölkerung und eine abstrakte Zukunft vage Attraktion geplant wurde, aber nicht für die präzis artikulierten Bedürfnisse und Wünsche der konkreten Leute im Saal zwei Meter unter ihnen.
Das Vertrauen in die Zukunft manifestiert sich in Spruchblasen:
"Wir müssen für die Zukünftigen sorgen", verkündet der Bürgermeister.

Ein Planer, der nicht mitspielte

Der Darmstädter Stadtplaner Prof. Dr. Max Guther, der vor Jahren selbst in Darmstadt und Aschaffenburg Ähnliches plante, zeigte, wie man aus Fehlern Lehren zieht - seine Ablehnung eines Untersuchungsauftrages und die (vom Bürgermeister der Öffentlichkeit vorenthaltene) Begründung sind eines der leider seltenen Zeichen dafür, welche wichtige Rolle kritische Intelligenz an Universitäten spielen kann.

Mißbrauchte Städtebauförderung - verbrauchte Reformhoffnung

Erbach ist ein weiterer Fall für den Mißbrauch des Städtebauförderungsgesetzes. Funktionsmängel werden überhaupt erst geschaffen: falsche Standortwahl; Zerstörung von Geschichte, Identifikationsmöglichkeiten und Erholungsfläche; falsche Verkehrsplanung; öffentliche Mittel werden großen Kapitalgesellschaften nachgeworfen ; kleine Leute werden für wenig Geld zugunsten großer Kapitalinvestoren enteignet. Die Hoffnungen auf eine wirkliche Verbesserung der sozialen Infrastrukturen, die sich an das Städtebauförderungsgesetz knüpften, bleiben nach wir vor unerfüllt. Sind SPD und FDP so naiv, nicht zu merken, wohin enttäuschte oder betrogene Reformhoffnungen umschlagen können?